Stadt Liestal
Einwohnerrat

Protokoll der 22. Sitzung des Einwohnerrates

vom 26. November 2014, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 37 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglieder Jeitziner Karin, Stoll Hanspeter und Zimmermann Matthias

Traktanden	**Laufnummer**
Traktandenliste: *Das Postulat Nr. 2013/36 und die Interpellation Nr. 2014/147 werden nach der Pause der Ratssitzung behandelt.*	-
1. Protokolle der Ratssitzungen vom 24.09.2014 und 29.10.2014 *://: Die beiden Protokolle vom 24.09.2014 und 29.10.2014 werden einstimmig genehmigt.*	- -
2. Internet-Universität - Bericht Stadtrat zum Postulat „Internet-Universität in Liestal“ von Gerhard Schafroth der CVP/EVP/GLP-Fraktion *://: Der Rat nimmt einstimmig Kenntnis vom stadträtlichen Bericht und schreibt einstimmig das Postulat als erfüllt ab.*	2014/104 2014/104a
3. Wasserversorgung-Pikett - Postulat „Pikettdienst Wasserversorgung durch Mitarbeiter der Stadt“ von Stefan Fraefel der CVP/EVP/GLP-Fraktion *://: Das Postulat wird einstimmig an den Stadtrat überwiesen und dieses mit grossem Mehr gegen 2 Nein-Stimmen gleich wieder als erfüllt abgeschrieben.*	2014/148
4. Fussgängerstreifen Mühlemattstrasse - Interpellation „Fussgängerstreifen Mühlemattstrasse/Ergolzbrücke“ von Stefan Fraefel der CVP/EVP/GLP-Fraktion *Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.*	2014/149
5. Parkplatzkonzept - Interpellation betreffend neuem Parkplatzkonzept von Beat Gränicher namens der SVP-Fraktion *Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.*	2014/150
6. Politische Bildung - Interpellation von Anna Ott der Grünen Fraktion und Gerhard Schafroth der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend politischen Bildung *Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.*	2014/154

7.	Wirtschaftsstandort Liestal - Bericht Stadtrat zum Postulat „Attraktivitätserhöhung des Wirtschaftsstandorts Liestal“ von Daniel Spinnler der FDP-Fraktion *://: Der Rat nimmt einstimmig Kenntnis vom stadträtlichen Bericht zum Postulat und schreibt das Postulat einstimmig als erfüllt ab.*	2013/36 2013/36a
8.	Nachhaltige Entwicklung - Interpellation „Nachhaltige Entwicklung - eine übergeordnete Vision auch für die Stadt Liestal“ von Corinne Ruesch der Grünen Fraktion *Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.*	2014/147
9.	Food Waste - Interpellation von Anna Ott der Grünen Fraktion betreffend Food Waste *Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.*	2014/155
10.	Rathausstrassen-Sponsoring - Postulat „Sponsoring für unsere Rathausstrasse“ von Hans Rudolf Schafroth der SVP-Fraktion *://: Das Postulat wird mit grossem Mehr gegen 7 Nein-Stimmen an den Stadtrat überwiesen.*	2014/156
11.	Integrative Ausbildungsplätze - Interpellation „Integrative Ausbildungsplätze für Menschen mit beschränkter Leistungsfähigkeit“ von Patrick Mägli und Walter Leimgruber der SP-Fraktion *Vertagt wegen Zeitmangel.*	2014/157
12.	Zusammenleben von 4 Generationen - Postulat „Das Zusammenleben von 4 Generationen in Liestal - eine Chance!“ von Dominique Meschberger und Marianne Quensel der SP-Fraktion *Vertagt wegen Zeitmangel.*	2014/158
13.	Integrationsförderung - Postulat von Lisette Kaufmann und Anna Ott der Grünen Fraktion betreffend Integrationsförderung *Vertagt wegen Zeitmangel.*	2014/159
14.	Wasserturmplatz - Interpellation „Problematische Zustände auf dem Wasserturmplatz“ von Elisabeth Augstburger der CVP/EVP/GLP-Fraktion *Vertagt wegen Zeitmangel.*	2014/160

Ratspräsident Heinz Lerf (FPD) begrüsst die Mitglieder des Einwohnerrates und des Stadtrates sowie die Gäste und Medienvertreter zur November-Sitzung des Einwohnerrates Liestal.

Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidiums

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) orientiert kurz über einige Punkte der letzten Bürositzung:

- Vom Büro ist der Entwicklungsplan 2015-2019 (Nr. 2014/143) am 20.11.2014 an die Finanzkommission, an die Bau- und Planungskommission sowie an die Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission zur Vorberatung überwiesen worden. Der Entwicklungsplan soll an der Ratssitzung vom 25. März 2015 behandelt werden.

- Im Anschluss an die letzte Ratssitzung wurden verschiedene Fragen geklärt. Das Büro hatte an seiner letzten Sitzung entschieden, dass die kantonale Praxis bzw. Gesetzgebung übernommen wird:

  Vorstösse (Motionen, Postulate, Interpellationen)
  Ab sofort wird bei neuen Vorstössen die Eintretensfrage nicht mehr gestellt.
  Gegebenenfalls wird das ER-Büro einen Vorstoss aus formellen Gründen an den/die Verfasser/in zurückweisen.
  Ein Vorstoss kann jederzeit zurückgezogen werden. Wird ein Vorstoss während der Verhandlung zurückgezogen, so wird die Beratung abgebrochen.

  Vorlagen/Berichte Stadtrat
  Nach dem Versand und/oder der Publikation von stadträtlichen Vorlagen oder Berichten können/dürfen diese vom Stadtrat nur mit der Zustimmung des ER-Büros zurückgezogen werden.

Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen

Von den Ratsmitgliedern sowie Fraktionen werden keine Erklärungen abgegeben.

Tischpapiere

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- Stimmzettel, gelb
- Neue Vorstösse, Nr. 2014/161 - Nr. 2014/163

Neue persönliche Vorstösse

- Interpellation „Allee - kleine Schanze in Liestal?“ von Diego Stoll der SP-Fraktion und Daniel Spinnler der FDP-Fraktion (Nr. 2014/161)
- Postulat „Attraktiver Ladenmix im Stedtli!“ von Diego Stoll der SP-Fraktion, Thomas Eugster der FDP-Fraktion, Beat Gränicher der SVP-Fraktion und Lisette Kaufmann der Grünen Fraktion (Nr. 2014/162)
- Postulat „Geschlechtergerechte sanitäre Anlagen im Feuerwehrmagazin“ von Verena Baumgartner der Grünen Fraktion und Markus Rudin der SVP-Fraktion (Nr. 2014/163)

Stimmenzähler/innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmenzähler/innen bestimmt:

- Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP)	Seite A (SP, GL)
- Sabine Sutter (FDP)	Seite B (SVP, CVP/EVP/GLP)
- Patrick Mägli (SP)	Seite C (FDP) + Präsidium, Referent/in

Das Büromitglied Sabine Sutter (FDP) wird um 19.45 Uhr die Sitzung verlassen, danach wird sie als Stimmenzählerin von Ratsmitglied Werner Fischer (FDP) vertreten.

Mitteilungen des Stadtrates

Stadtrat Peter Rohrbach erläutert die Sichtweise des Stadtrates betreffend dem Baumwipfelpfad und stellt fest, dass bei diesem Projekt insbesondere die Kantonalbank als Geschenkgeberin, die Bürgergemeinde als Beschenkte und der Kanton sowie die Stadt als Bewilligungsbehörde involviert sind. An einer Informationsveranstaltung betreffend dem Waldentwicklungsplan WEP hatte Herr Spahr vom Kreisforstamt unter anderem betreffend der Rechtslage darüber informiert, dass die Einwohnergemeinden gemäss § 124 der Kantonsverfassung die Aufsicht über den Wald im Rahmen der Gebietshoheit auszuüben haben. Der Gemeinderat bzw. der Stadtrat zeichnet zudem als Bewilligungsinstanz im Zusammenhang mit Gesuchen usw. der Waldbesitzer verantwortlich. Für die Projektorganisation zeichnet die Kantonalbank verantwortlich und in dieser ist der Stadtrat nicht vertreten, was auch richtig ist, da dieser ja Bewilligungsbehörde ist und die Verantwortlichkeiten nicht vermischt werden sollen. Am 14. Oktober 2014 hatte der Stadtrat erstmals konkret von der Projektidee Kenntnis bekommen und dabei sind Fragen betreffend der Infrastruktur, den Parkplätzen, der Verkehrsregelung, den Toiletten etc. thematisiert worden. Der Stadtrat kann nicht gegen das Projekt sein, da er verschiedene Details zur Beurteilung gar noch nicht kennt. Die Fakten werden im Moment zusammengetragen und dem Stadtrat ist es wichtig, dass er zu all seinen Fragen im Rahmen eines regulären Planungsprozesses noch Stellung nehmen kann. In der Projektgruppe ist auch die österreichische Firma Pro Natur GmbH vertreten, welche sich auf ihrer Website für die Entwicklung und Umsetzung von Erlebnisprojekten empfiehlt. Somit geht es auch beim Waldwipfelpfad um einen Erlebnispark, welcher kommerziell betrieben wird. Für das Projekt in Liestal wird die Kantonalbank eine Anschubfinanzierung leisten, denn später muss sich der Betrieb des Waldwipfelpfad selbst finanzieren. Geht man von einer Investition von rund 2,5 Mio. und einer Amortisation innert 10 Jahren aus, so dürfte sich alleine die Amortisationskosten auf über TCHF 200 belaufen. Das Gestell und Gerüst für den Waldwipfelpfad macht vermutlich einen kleinen Teil aus, den wesentlich grösseren Teil wird das Umfeld, mit den Parkplätzen, der nötigen Infrastruktur für Toiletten und die Abfallentsorgung, die Verkehrsregelung mit Verkehrskadetten usw. sein. Die Besucher-Frequenz wird

auch der Schlüsselfaktor für den kommerziellen Erfolg des Projektes sein. In der Schweiz kennt man in diesem Umfeld die bereits realisierten Seilparks, weshalb man sich an Ort auch über die nötige Infrastruktur ein Bild machen kann. In der heutigen Ausgabe der BZ wurde ein Bild vom Baumwipfelpfad im deutschen Fischbach veröffentlicht und bei der Recherche im Internet konnte er feststellen, dass dort 3 Parkplatzanlagen zur Verfügung stehen, ergänzend noch ein Biosphären-Haus erstellt wurde und nebst den zahlreichen Veranstaltungen unter anderem auch das nächtliche Ostereiersuchen mit GPS mit Übernachtungsmöglichkeit an Ort als Event angeboten wird. Der Stadtrat wartet nun gespannt auf die Vorschläge der Projektgruppe, wie und wo die ganze Infrastruktur betreffend dem Projekt in Liestal erstellt werden soll und wie der Betrieb organisiert wird. Der Stadtrat ist der Meinung, dass der Waldwipfelpfad in Liestal nicht im Rahmen des behördenverbindlichen Waldentwicklungsplanes WEP abgewickelt werden kann, sondern dass dafür ein ordentliches Planungsverfahren nötig ist, welches behörden- und eigentümerverbindlich ist. Die Planungsgrundlagen im WEP sind für die Abwägung von allen teilweise entgegengesetzten Interessen ungenügend. Das rechtlich notwendige ordentliche Verfahren soll zu lange dauern, weshalb man dieses mit der WEP-Variante umgehen wollte. Geht man von einer konstruktiven guten Zusammenarbeit aus, wie man es von anderen Planungsprozessen in der Vergangenheit auch kennt, so dürfte das Bewilligungsverfahren auch mit dem ordentlichen Verfahren keine Verzögerungen erfahren.

Bruno Imsand (FDP) teilt als Projektleiter mit, dass dem Stadtrat das Projekt tatsächlich am 14. Oktober 2014 vorgestellt wurde. Anfangs Juli 2014 hatte man aber das Projekt im Kanton bereits vorgestellt und sich nach dem Planungsverfahren erkundigt, was mit Schreiben vom 07. November 2014 beantwortet wurde.

Heinz Lerf (FDP) unterbricht das Votum von Bruno Imsand und stellt fest, dass sich dieser an dieser Stelle nicht zur stadträtlichen Mitteilung äussern darf.

Bruno Imsand (FDP) entgegnet, dass einige der gemachten Aussagen nicht stimmen und doch richtig zu stellen sind. Es ist schlussendlich der Regierungsrat, welcher den WEP genehmigen wird. Auch kann ein Waldwipfelpfad nicht mit einem Seilpark verglichen werden. Und auch beim vorliegenden Projekt kommt es darauf an, ob man etwas hinein interpretieren oder hinaus interpretieren möchte. Auch wurde beispielsweise an der Bürgergemeindeversammlung klar kommuniziert, dass pädagogische Gründe beim Projekt im Vordergrund stehen sollen. Und all die Angebote von anderen vergleichbaren Projekten müssen in Liestal schlussendlich nicht zwingend auch realisiert werden.

Traktandenliste

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) informiert darüber, dass Interpellantin Corinne Ruesch (GL) und Postulant Daniel Spinnler (FDP) später zur Sitzung erscheinen werden.
Er schlägt deshalb vor, dass die Interpellation Nr. 2014/147 „Nachhaltige Entwicklung“ sowie das Postulat Nr. 2013/36 „Attraktivitätssteigerung des Wirtschaftsstandorts Liestal“ vom Rat erst im Anschluss an die Pause behandelt werden.

Aus dem Rat werden keine Wortbegehren zum Vorschlag angemeldet.

://: Die Traktandenliste wird gemäss Einladungsschreiben vom 12. November 2014 behandelt, wobei die Interpellation Nr. 2014/174 sowie das Postulat Nr. 2013/36 erst im Anschluss an die Pause behandelt werden.

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) informiert darüber, dass sich das Büro den Vorsatz genommen hat, an der heutigen Ratssitzung alle traktandierten Geschäfte zu behandeln.

235 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Protokolle der Ratssitzungen vom 24.09.2014 und 29.10.2014

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) erklärt, dass beim Büro keine Änderungsanträge betreffend den beiden Ratsprotokollen eingereicht wurden.
Er kann feststellen, dass zum Geschäft bzw. den beiden Protokollen keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Die beiden Protokoll der Ratssitzungen vom 24. September 2014 und 29. Oktober 2014 werden einstimmig genehmigt.

236 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Internet-Universität - Bericht Stadtrat zum Postulat „Internet-Universität in Liestal“ von Gerhard Schafroth der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2014/104)

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass im Rat das Eintreten auf das Geschäft nicht bestritten wird und sich der Postulant nun zum stadträtlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2014/104a äussern möchte.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) dankt als Postulant für den kurzen und präzisen Bericht des Stadtrates zu seinem Postulat. Ein Herumschieben von Lehrangeboten der Uni macht wirklich keinen Sinn, denn auch die Aufnahme des Afrika-Institutes in Liestal, wie es in der Vergangenheit auch schon diskutiert wurde, hätte wohl wenig überzeugt. Der Stadtrat ist aktiv und auch seitens der Uni besteht eine gewisse Bereitschaft. Bei den Universitäten findet im Moment eine rasante Entwicklung statt und so wird bereits heute der Lehrstoff an Studierende via Internet vermittelt. Er hofft, dass er mit seinem Postulat diesbezüglich auch bei der Uni Basel einen Denkprozess ausgelöst habe und sich für Liestal eine Lösung abzeichnen wird. Mit der Abschreibung seines Postulates kann er sich einverstanden erklären.

Patrick Mägli (SP) dankt dem Stadtrat ebenfalls für die Beantwortung des Vorstosses. Er ist dankbar für das klare Statement der Uni Basel, welche auch in unserer Region von gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Bedeutung ist. Ein grösstmöglicher Nutzen für die Uni und die Bevölkerung ist aber nur möglich, wenn Standortentscheide losgelöst von regionalen Befindlichkeiten gefällt werden. Die regelmässige Kontaktpflege des Stadtrates mit der Uni Basel wird begrüsst. Den stadträtlichen Anträgen wird die SP-Fraktion zustimmen.

Stadtpräsident Lukas Ott dankt für die positive Aufnahme des stadträtlichen Berichtes. Liestal will Hochschulstandort bleiben. Man weiss ja, dass mit der Polyfeld-Entwicklung in Muttenz die Pädagogische Fachhochschule nun Liestal doch verlassen wird, doch auch der Uni ist sich bestimmt bewusst, dass ihre Präsenz in der zweiten Kantonshauptstadt wichtig ist. Im Bericht des Stadtrates wird angetönt, dass die gemeinsamen Interessen der Uni und der Stadt Liestal formuliert wurden, doch möchte er diesbezüglich im Moment keine Details an die Öffentlichkeit bringen. Die Uni-Präsenz in Liestal wird weiter geprüft und so hofft er doch, dass er bald über Konkreteres informieren kann.

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Der Rat nimmt einstimmig Kenntnis vom stadträtlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2014/104a.

://: Das Postulat Nr. 2014/104 wird einstimmig als erfüllt abgeschrieben.

237 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Wasserversorgungs-Pikett - Postulat „Pikettdienst Wasserversorgung durch Mitarbeiter der Stadt“ von Stefan Fraefel der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2014/148)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Einwohnerrat Liestal
Stefan Fraefel
CVP/EVP/GLP-Fraktion

Liestal, 22. September 2014

Postulat
Pikettdienst Wasserversorgung durch Mitarbeiter der Stadt

Am Sonntag, 7. September 2014 ereignete sich ein mehrstündiger Unterbruch der Wasserversorgung in einigen Teilen der Stadt Liestal (u.a. Burgquartier), verursacht durch einen Rohrbruch.
Am fraglichen Tag war für die Einwohner und Einwohnerinnen Liestals kein verantwortlicher Ansprechpartner der Stadt Liestal erreichbar, auch nicht unter der Pikettnummer, die nur zu Bürozeiten in Betrieb ist. Die Website der Stadt Liestal verweist Hilfesuchende ausserhalb der Bürozeiten auf die Einsatzleitzentrale der Kantonspolizei Basel-Landschaft (ELZ).
Dem Unterzeichnenden wurde zugetragen, dass die ELZ aufgrund des Wasserunterbruchs über 100 Anfragen besorgter Einwohner und Einwohnerinnen erhalten haben, ihnen jedoch – mangels Sachkenntnisse – auch keine genauen Auskünfte erteilen konnte.
Nach Ansicht des Postulanten kann es nicht angehen, dass Polizeimitarbeiter, die hauptsächlich zur Behandlung von kantonsweiten Notrufen auf die Nummern 112 und 118 ihren Dienst verrichten, sich mit Problemen mit der Wasserversorgung einer Gemeinde beschäftigen müssen, nur weil die Stadt Liestal keinen Pikettdienst rund um die Uhr kennt. Sämtliche Nachbargemeinden (Frenkendorf, Füllinsdorf, Lausen, Bubendorf, Seltisberg, Hersberg, Arisdorf, Nuglar-St. Pantaleon) und viele weitere Gemeinden kennen diesen Dienst sehr wohl und publizieren auf ihren Webseiten Fest- oder Mobilnetz-Nummern, die rund um die Uhr erreichbar sind.

Ich ersuche daher die Stadt Liestal zu prüfen, einen Pikettdienst in der Wasserversorgung einzurichten, der rund um die Uhr und an allen Tagen im Jahr durch die Bevölkerung leicht erreichbar ist, und der ausschliesslich durch Mitarbeiter der Stadt oder beigezogene spezialisierte Unternehmen abgedeckt wird.

* * * * * * * * * * * * * * * * * * *

Stadträtin Regula Nebiker informiert darüber, dass der Stadtrat das Postulat übernehmen und gleich beantworten möchte, damit dieses dann auch gleich wieder abgeschrieben werden kann.

Ratspräsident Hein Lerf (FDP) frägt den Postulanten an, ob sich dieser mit dem stadträtlichen Vorgehensvorschlag einverstanden erklären kann.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) hält als Postulant fest, dass er vor der Beantwortung dieser Frage doch zuerst die stadträtliche Antwort erhalten müsste.

Stadträtin Regula Nebiker äussert sich zum Postulat und informiert darüber, dass es am besagten Sonntag vom 07. September 2014 einen grösseren Wasserleitungsbruch beim Tierpärkli Weihermatt gegeben hatte. Da es sich um eine grosse Wasser-Transportleitung handelte, wurden die Klappen beim Reservoir geschlossen, damit sich die Wasserleitungen leeren und der Druck abfällt. Der Pikett der Wasserversorgung Liestal funktioniert rund um die Uhr und so ist auch die erwähnte Leitung innert kurzer Zeit wieder geflickt worden, doch ver-

gehen ein paar Stunden, bis der Druck wieder aufgebaut ist. Der Pikettdienst ist natürlich mit den Reparaturarbeiten beschäftigt und kann deshalb nicht auch noch die Telefonate aus der Bevölkerung beantworten. Bei den Telefonanrufen auf die Nummer der Wasserversorgung hörte man fälschlicherweise nur den automatischen Telefonbeantworter, welcher über die Öffnungszeiten der Verwaltung informierte, was natürlich sehr unbefriedigend war. Möglichkeiten einer besseren Information wurden mit der Einsatzzentrale der Kantonspolizei besprochen und diese wird sich nun der Problematik annehmen, da der Informationsfluss bei solchen Ereignissen auch bei anderen Gemeinden funktionieren müsste. Optimierungen werden auch beim Telefonbeantworter der Wasserversorgungs-Pikettnummer vorgenommen, indem man neu situationsbezogene Antworten sowie Informationen je nach Ereignis erhält. Auch wird auf der Homepage und im Liestal aktuell künftig besser und schneller über Reparaturarbeiten bei der Wasserversorgung, Leitungsbrüche usw. informiert.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) dankt als Postulant für die stadträtlichen Informationen, doch möchte er, dass sein Vorstoss ebenfalls schriftlich beantwortet wird, damit beim Vorliegen des stadträtlichen Berichtes noch eine Diskussion im Rat möglich ist. Die Antwort pressiert ja nicht und so könnte man ja dann zur gegebenen Zeit auch über den Vollzug der geplanten Änderungen sowie Massnahmen und Ergebnisse informieren. Lösungen müssen gefunden werden, denn es sollte ja nicht passieren, dass die Einsatzzentrale der Kantonspolizei wegen einem Wasserleitungsbruch in Liestal bzw. den zahlreichen Telefonanrufen überlastet wird.

Stadträtin Regula Nebiker sagt, dass es sich bei der Notfallnummer der Einsatzzentrale um einen weiteren Problemkreis handelt, doch muss diesbezüglich der Kanton nach Lösungen suchen. Die Themen des Wasserversorgungspikettdienstes sowie der kantonalen Einsatzzentrale sind getrennt zu behandeln.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) meint, dass betreffend der Überweisung und allfällige Abschreibung seines Vorstosses sowieso separat abzustimmen ist.

Pascal Porchet (FDP) sagt, dass ihm das Gehörte reicht und er sich deshalb mit der Überweisung und gleichzeitigen Abschreibung des Postulates einverstanden erklären kann.

Markus Rudin (SVP) meint, auch seine Fraktion kann sich mit der Überweisung und gleichzeitigen Abschreibung des Vorstosses einverstanden erklären. Er versteht es zudem nicht, dass man unmittelbar nach einem Wasserversorungsunterbruch gleich die Polizei anruft, sollte man zu Hause sowieso immer einen kleinen Trinkwasservorrat für die Notfälle haben.

Diego Stoll (SP) äussert, auch seine Fraktion wird der Überweisung und gleichzeitigen Abschreibung des Postulates zustimmen.

Roman Schmied (GL) informiert, auch die Grüne Fraktion unterstützt den Vorschlag, dass das Postulat überwiesen und gleich wieder abgeschrieben wird. Bei weiteren Wasserleitungsbrüchen macht eine Einwegkommunikation Sinn, denn damit müsste sich die Bevölkerung nicht selbst Informationen mit Telefonanrufen usw. beschaffen.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) unterstützt das Votum seines Vorredners und meint auch, dass bspw. eine Kurzmitteilung auf der Homepage unmittelbar nach dem Ereignis für alle Beteiligten von grossem Nutzen sein dürfte.

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Das Postulat Nr. 2014/148 wird einstimmig an den Stadtrat überwiesen.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) hält auf Anfrage des Ratspräsidenten als Postulant fest, dass er sich mit der Abschreibung seines Vorstosses einverstanden erklären kann.

://: Das Postulat Nr. 2014/148 wird mit grossem Mehr gegen 2 Nein-Stimmen vom Rat abgeschrieben.

238 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Fussgängerstreifen Mühlemattstrasse - Interpellation „Fussgängerstreifen Mühlemattstrasse/Ergolzbrücke“ von Stefan Fraefel der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2014/149)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Einwohnerrat Liestal
Stefan Fraefel
CVP/EVP/GLP-Fraktion

Liestal, 22. September 2014

Interpellation
Fussgängerstreifen Mühlemattstrasse / Ergolzbrücke

Bis vor dem Ausbau der H2 zur A22 befand sich hinter dem Kantonsspital auf der Mühlemattstrasse, auf Höhe der Fussgängerunterführung unter der H2, ein Fussgängerstreifen.
Mit Eröffnung der A22 und der neuen Fussgängerbrücke über die A22 – welche die Unterführung unter der H2 ersetzte – wurde der Fussgängerstreifen entfernt. An Stelle des Fussgängerstreifens wurde die Fahrbahn verengt, das zulässige Tempo beträgt weiterhin 50 km/h. Wer vom Fraumattquartier in Richtung Spital, Stedtli oder Mühlemattschulhaus (insbesondere Schulkinder!) möchte, muss die Strasse weiter queren. Gemäss Betroffenen sei die Strassenquerung ohne Fussgängerstreifen deutlich gefährlicher geworden, da die Autofahrer nicht mehr anhalten würden. Zudem wird die Mühlemattstrasse als (illegale) Umfahrung der Kantonalbankkreuzung genutzt.

Ich ersuche den Stadtrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. *Warum wurde der Fussgängerstreifen an der Mühlemattstrasse, Höhe Ergolzbrücke, entfernt?*
2. *Kann der Fussgängerstreifen wieder hergestellt werden?*
3. *Wenn nein, warum nicht?*
4. *Sind weitere/andere Massnahmen an dieser Stelle (z.B. Tempo 30) geplant?*

* * * * * * * * * * * * * * * * * * *

Stadtrat Peter Rohrbach nimmt Bezug auf die Fragen des Interpellanten: Der Fussgängerstreifen ist entfernt worden, weil es die Unterführung gar nicht mehr gibt. Zudem hatte man festgestellt, dass der Fussgängerstreifen ohne verkehrspolizeiliche Anordnung bzw. ohne Bewilligung der kantonalen Verkehrsabteilung erstellt wurde. Ja, es ist die Einführung von Tempo 30 im betreffenden Gebiet geplant. Vom Kanton hatte man in den vergangenen Tagen die Zustimmung für die Einführung von Tempo 30 inkl. einem Fussgängerstreifen bei der Mühlemattstrasse erhalten. Weitere Abklärungen sind noch zu treffen bzw. Massnahmen zu prüfen, damit die Mühlemattstrasse weniger als Schleichweg benützt werden kann.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) dankt als Interpellant für die Beantwortung der Fragen durch den Stadtrat und wünscht die Diskussion, da ihn die Antworten nur teilweise befriedigen.

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) stellt fest, dass die Diskussion im Rat unbestritten ist.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) stellt als Interpellant fest, dass ja die Benützer der neuen Überführung die Strasse auch überqueren müssen und so ist für ihn die Entfernung des Fussgängerstreifens nach wie vor nicht nachvollziehbar. Bei Tempo 50 besass man keine Bewilligung für den Fussgängerstreifen, weshalb hatte man diese nun für den Fussgängerstreifen in der neuen Tempo 30-Zone eingeholt?

Stadtrat Peter Rohrbach berichtet, man habe die Bewilligung für die Tempo 30 in der Mühlemattstrasse und auch eine Bewilligung für den Fussgängerstreifen im Schulbereich erhalten.

Lisette Kaufmann (GL) meint, dass ein Fussgängerstreifen an der besagten Stelle sehr wichtig ist, da dort die Strasse auch von vielen Schülern überquert werden muss.

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) kann feststellen, dass zum Geschäft und der Interpellation keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2014/149.

239 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Parkplatzkonzept - Interpellation betreffend neuem Parkplatzkonzept von Beat Gränicher namens der SVP-Fraktion (Nr. 2014/150)

Stadtrat Peter Rohrbach beantwortet die Fragen des Interpellanten: Technisch ist es natürlich möglich, die Parkuhren umzustellen. Der Stadtrat ist nicht fixiert auf ein bestimmtes Parkplatz-Regime im Umfeld des Zentrums. Die letzte Revision der Parkplatzordnung basierte auch auf einer Zusammenarbeit mit KMU Liestal, der Eigentümerin des Bücheli-Parkhauses usw. und diese hat man bereits wieder kontaktiert, damit weitere mögliche Lösungsvarianten diskutiert und gegebenenfalls umgesetzt werden können.

Stadträtin Marion Schafroth informiert betreffend der zweiten Frage darüber, dass die Wahrnehmungen betreffend den Kontrollgängen sehr unterschiedlich sind. So fordern einige, dass man weniger Kontrollen macht und andere wünschen wiederum vermehrte Polizeikontrollen. Gemäss Angaben des Kantons werden in Liestal überdurchschnittlich viele Kontrollen durchgeführt, so wurden bis Ende September rund 900 Stunden für Parkkontrollen usw. aufgewendet. Wegen der kantonalen Einbruch-Präventionskampagne der Kantonspolizei wurden im Herbst während ein paar Wochen etwas weniger Kontrollen gemacht. Die dritte Frage kann bejaht werden, doch ist es nicht die primäre Stossrichtung des Stadtrates, dass die Kontrollgänge gewinnbringend sind. Die Frage betreffend einem stadteigenen Kontrollorgan wird man im Jahr 2015 thematisieren, da man beispielsweise das Polizeireglement sowieso überprüfen muss und Anpassungen betreffend dem Vertrag mit der Kantonspolizei nötig sind. Auf jeden Fall verhält es sich so, dass vermehrte Kontrollen auch mit Mehr- bzw. Gehaltskosten verbunden sind.

Beat Gränicher (SVP) dankt als Interpellant für die Beantwortung der Fragen durch den Stadtrat und wünscht die Diskussion.

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) stellt fest, dass die Diskussion im Rat unbestritten ist.

Beat Gränicher (SVP) freut es, dass der Stadtrat von sich aus betreffend der Parkplatzkonzept-Überarbeitung aktiv geworden ist. Mit seiner Interpellation wollte er keine neuen Diskussionen betreffend den Gratis-Parkierzeiten auslösen. Bezwecken möchte er, dass wieder alle Verkehrsteilnehmer von einem Einkaufserlebnis in Liestal profitieren können, doch ist dies mit den heutigen Vorgaben sowie Gebührentarifen im Zusammenhang mit den Parkplätzen nicht möglich. Er weiss, dass die Umsätze seit der Inkraftsetzung der neuen Parkiergebühren teilweise massiv zurückgegangen sind. Lösungen sind gefragt und so müssten halt auch wieder einmal die Installation von Barrieren sowie weitere Massnahmen zur Vermeidung des Suchverkehrs etc. thematisiert werden. Und bei den Kontrollgängen sollten insbesondere die notorischen Langzeit-Gratisparkierer im Stedtli gebüsst werden.

Peter Küng (SP) meint, betreffend der Häufigkeit der Kontrollgänge ist schon von Stadträtin Marion Schafroth auf die Problematik hingewiesen worden. Das Hauptproblem sind aber so oder so die Langzeit-Gratisparkierer bzw. die sogenannten Nachdrücker, wobei man bzgl. der Gratisparkierzeit und der Gebührenordnung doch noch einmal über die Bücher gehen sollte. An dieser Stelle sei erwähnt, dass man beispielsweise in Basel für 5 Stunden im Parkhaus bis zu 18 Franken berappen muss. In Liestal ist aber ein Nachzahlen oder das Parkieren für die Dauer von 5 Stunden gar nicht möglich. Das Aufstellen von Schranken an wenigen Stellen dürfte auch nicht den erhofften Nutzen mit sich bringen, sondern es müssten vermutlich auch ausserhalb des Zentrums Barrieren angebracht werden. Ein möglicher Lösungsansatz könnte sein, dass man die Parkierzeit nach oben offen lässt und die Parkiergebühr auf zwei Franken pro Stunde festlegt.

Verena Baumgartner (GL) teilt mit, dass ihre Fraktion die Meinung vertritt, dass kurze Parkierzeiten bzw. grössere Fluktuationen dem Detailhandel mehr dienen dürften. Ein längeres Parkieren in den Parkhäusern ist möglich und für den Transport der Einkäufe könnte auch die Velostation beauftragt werden. Häufige Kontrollgänge sind gut, das Kurzzeitparkieren wird grundsätzlich begrüsst und man sollte nicht das Zentrum mit Barrieren bestücken, sondern die Autos ganz aus dem Stedtli nehmen.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) legt dar, dass für ihre Fraktion das Anliegen des Interpellanten nachvollziehbar ist. Vor einem Jahr ist das Parkplatzreglement geändert sowie die Parkierordnung angepasst worden und man frage sich schon, ob denn dieser Kompromissvorschlag schon wieder geändert werden soll. Die Gratisparkierzeiten können ja sowieso vom Stadtrat in eigener Kompetenz angepasst und geändert werden.

Werner Fischer (FDP) bemerkt, dass es schon wichtig ist, dass man für das örtliche Gewerbe die gleich langen Spiesse wie für die KMU's in den Nachbargemeinden schaffen kann. Er kann den Vorschlag unterstützten, dass in der ersten Stunde gratis parkiert werden kann und die weiteren Stunden etwas kosten, doch sollte die Gebühr tiefer sein, als sie von Ratskollege Peter Küng vorgeschlagen wurde.

Diego Stoll (SP) weist darauf hin, dass in der BPK aktuell die stadrätliche Vorlage „Verkehr Liestal 2014" sowie verschiedene Vorstösse betreffend den Parkplätzen, dem Wasserturmplatz usw. vorberaten werden. Und wenn es doch verschiedene Lösungsansätze zu diskutieren gibt, so sollten diese auch in der BPK besprochen werden.

Anna Ott (GL) meint, dass es doch grundsätzlich darum geht, wie man die Autos in die Parkhäuser bekommt, denn schliesslich hat sich die Stadt Liestal auch an diesen finanziell beteiligt. Auch stehen die KMU's in der Verantwortung, indem sich diese beispielsweise an den Parkierkosten ihrer Kunden finanziell beteiligen, was ja auch schon getan wurde. Hat man in Liestal vielleicht gar ein strukturelles Problem bzw. kann man die Probleme der Detaillisten im Stedtli einfach immer wieder pauschalisierend mit der Parkplatzproblematik begründen?

Hanspeter Meyer (SVP) möchte davor warnen, dass man betreffend der Parkierungsordnung nun Vergleiche zwischen Basel und Liestal anstellt. Die Liestaler-Detaillisten haben im Moment schlechte Karten im Vergleich zu den konkurrenzierenden Einkaufszentren in den Nachbargemeinden, welche Gratisparkplätze anbieten können. Es kann auch nicht sein, dass man Automobilisten als zweitrangige Konsumenten abstempelt bzw. abreisst sowie die verschiedenen Verkehrsteilnehmer gegeneinander ausspielt. Und man muss sich ebenfalls bewusst sein, dass Normalverdiener nicht gewillt sind, im Parkhaus Bücheli für eine Parkierzeit von drei Stunden den Betrag von sechs Franken zu bezahlen. Er unterstützt ebenfalls den Vorschlag für eine Beratung in der BPK.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) meint, es ist vermutlich schon so, dass das Gewerbe unter dem neuen Parkplatzregime leidet. Verblüffend ist aber doch, dass man beim alten und auch neuen Parkplatzregime keine freien Parkplätze im Stedtli fand bzw. findet. Und diese Tatsache kann ja wohl hauptsächlich nur mit den Langzeit-Parkierern im Stedtli begründet werden. Vermehrte Polizeikontrollen drängen sich auf und der personelle Aufwand dürfte sich locker mit den Busseneinnahmen finanzieren lassen.

Thomas Eugster (FDP) meint, man dürfe die Durchsetzung des Reglementes betreffend der Parkierdauer nicht mit dem Parkraum-Reglement vermischen. Auch die Vergleiche der Parkiergebühren von Basel und Liestal hinken. Und bei der bevorstehenden Reglementsrevision muss der Fokus darauf gelegt werden, dass man günstiger parkieren kann und die Autos in die Parkhäuser bringen kann. Dieser Dialog muss zwischen den Parkhausbesitzern, der Stadt und den KMU's geführt werden. Die diesbezüglichen Fragen sollten deshalb auch nicht in der BPK thematisiert werden.

Beat Gränicher (SVP) meint, man solle doch seine vorgängigen Aussagen betreffend dem Aufstellen von Barrieren sowie dem vermehrten büssen der Langzeitparkierer vergessen. Ihm geht es vorallem darum, dass die Parkuhren so umgerüstet werden, dass man künftig auch länger im Stedtli parkieren könnte. Betreffend der Gratisparkierzeit hatte er sich gar nicht geäussert, denn wichtig ist ihm, dass die Parkuhren möglichst rasch umgerüstet werden und nicht wieder ein Jahr vergeht, ohne dass etwas passiert.

Stadtrat Peter Rohrbach hält fest, dass man sich auch bei der letzten Reglementsrevision etwas gedacht und bei den Gesprächen mit den Parkhaus-Besitzern, den KMU-Vertretern usw. festgestellt habe, dass die Grundidee nicht funktionieren wird. Es ist nicht möglich, mit Gebühren und Bestimmungen zu steuern, dass die Langzeitparkierer anstelle den Oberflächenparkplätzen vermehrt die Plätze im Parkhaus nutzen. Bei den Parkplatzdiskussionen spielen die Parameter betreffend der Parkplatz-Anzahl, der Zeitdauer und Kosten eine Rolle. Auch muss vom Einwohnerrat keine Reglementsänderung beschlossen werden, sondern nur eine Anpassung der entsprechenden Verordnung durch den Stadtrat vorgenommen werden. Ein Terminabstimmung mit den KMU-Verantwortlichen ist bereits erfolgt, doch kann er im heutigen Zeitpunkt keine Massnahmen sowie Termine in Aussicht stellen.

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) kann feststellen, dass zum Geschäft und der Interpellation keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2014/150.

240 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. Politische Bildung - Interpellation von Anna Ott der Grünen Fraktion und Gerhard Schafroth der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend politischen Bildung (Nr. 2014/154)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Einwohnerrat Liestal

Interpellation betreffend politische Bildung

Die Stimmbeteiligung der Schweizer Jugendlichen an Abstimmungen befindet sich auf einem historischen Tiefpunkt. In den letzten Jahren hat nicht einmal jede/r sechste Bürger/in unter 30 Jahren abgestimmt.
Nach der Abstimmung vom 9. Februar 2014 ist auf nationaler Ebene die Diskussion über die Förderung der Teilnahme der Jugend am politischen Leben und der politischen Sensibilisierung wieder neu entflammt. Diese Diskussion soll aber auch auf kommunaler Ebene geführt werden – so sind doch die Gemeinden die bundesstaatliche Ebene, auf der die Bürger am unmittelbarsten an der Gestaltung der Politik mitwirken können.

Die politische Partizipation der Bürgerinnen und Bürger ist ein wichtiger Pfeiler unserer Demokratie. Die Beteiligung am politischen Prozess (Wahlen und Abstimmungen) legitimiert unser politisches System und verbindet die Bevölkerung mit den Mandatsträgerinnen und -trägern. Die politische Partizipation jeglicher Art und aller Bevölkerungsschichten gilt es daher zu fördern.
Die Jugendlichen und jungen Menschen sind aber meist die Hauptbetroffenen der Volksentscheide und es sollte vor allem Aufgabe der Jungen sein, die Zukunft zu gestalten. Deshalb sollten die Jugendlichen und jungen Erwachsenen zur aktiven Gestaltung ihrer Zukunft animiert werden und ihr politisches Engagement besonders gefördert werden.

Die politische Beteiligung und das Demokratie- und Politikverständnis von jungen Menschen kann sowohl durch den Staat als auch durch von Dritten organisierten Veranstaltungen und bereitgestellten Informationen gefördert werden. Deshalb bitte ich den Stadtrat höflich, die folgenden Fragen zu beantworten.

1. *Was wird von Seiten der Stadt Liestal und der Schulen getan, um die politische Bildung zu fördern?*
2. *Was wird von Seiten der Stadt Liestal getan, um die politische Partizipation im Allgemeinen und die der Jugendlichen im Besonderen zu fördern?*
3. *Hat die Stadt Liestal als Gemeinde die easyvote-Abstimmungshilfe für junge Erwachsene abonniert?*
4. *Falls nicht, ist die Stadt Liestal bereit, die easyvote-Abstimmungshilfe einzuführen?*
5. *Ist der Stadtrat bereit, sich für die Schaffung von Möglichkeiten der Mitsprache und Mitverantwortung der Schülerinnen und Schüler, welche das Demokratieverständnis fördern, an unseren Schulen einzusetzen (Beispiele: Klassenrat, Schulparlament, Projekt „Just Community" im Primarschulhaus Frenke in den 1990er-Jahren)?*
6. *Ist der Stadtrat bereit, die Einführung eines Kinder- bzw. Jugendparlamentes in Liestal zu prüfen?*

Liestal, den 26. Oktober 2014

Anna Ott (Grüne Fraktion) *Gerhard Schafroth (CVP/EVP/glp-Fraktion)*

* * * * * * * * * * * * * * * * * * * *

Stadtrat Franz Kaufmann meint, mit dem Vorstoss werde doch ein interessantes und komplexes Thema angeschnitten.
Zur Frage 1: Schon beim Schuleintritt findet gewissermassen eine politische Bildung statt, indem beispielsweise die Regeln einer Gemeinschaft vermittelt werden. So lehrt man, wie man eine Meinung vertreten kann, anderen Mitmenschen zuhört usw. Das politische Wissen wird an den Oberstufen vermittelt.
Zur Frage 2: Die Stadt kommuniziert über die bekannten Mittel. Er wird sich anschliessend noch zur politischen Partizipation äussern.
Zur Frage 3: Ja, die Stadt Liestal hatte im Sommer 2013 die Abstimmungshilfe „easyvote" abonniert.
Zur Frage 4: Alle 18- bis 23-Jährigen erhalten die easyvote-Unterlagen.
Zur Frage 5: Die Schulen haben sich in den letzten 20 Jahren sehr stark verändert und so ist ihm auch keine sogenannte Schulhaus-Landsgemeinde bekannt.
Zur Frage 6: Ja, der Stadtrat würde ein Kinder- bzw. Jugendparlament prüfen und fördern, möchte ein solches aber nicht verordnen. Ein solches Bedürfnis sollte von den Jugendlichen selbst kommen.
Er begrüsst es, dass man sich im Rat nebst den aktuellen raumplanerischen Fragen im Schulbereich auch der politischen Bildung von Jugendlichen widmet. Auch fand er es interessant, die Projektunterlagen „Just Community" der 90er-Jahre zu sichten. Die Fragen der Interpellanten möchte er aber doch auch wieder in den Raum zurückgeben, denn es gibt nebst dem Stadtrat noch andere Gruppierungen, welche in der Verantwortung stehen, wenn es darum geht, dass sich junge Leute vermehrt politisch betätigen sollen.

Anna Ott (GL) dankt als Interpellantin für die Beantwortung der Fragen und wünscht die Diskussion.

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) stellt fest, dass die Diskussion im Rat unbestritten ist.

Anna Ott (GL) meint, dass sie die jüngsten Entwicklungen schon besorgen, weshalb sie den Vorstoss eingereicht habe, hat doch die Stimmbeteiligung bei den unter 30-Jährigen einen historischen Tiefpunkt erreicht. Gemäss einer vom GfS Bern veröffentlichten Studie kann die schlechte Stimmbeteiligung damit begründet werden, dass bspw. die Jugendlichen oftmals materiell mit den Abstimmungsunterlagen überfordert sind. Die politische Partizipation ist ein Grundpfeiler der Demokratie und ist deshalb zu fördern. Natürlich sind sich die Interpellanten betreffend der Rolle der Schulen bewusst, dass eine Wissensvermittlung erst ab einem gewissen Alter möglich ist usw. Das Politikverständnis kann aber auch auf den Primarstufen mit der Bildung eines Klassenrates usw. gefördert werden. Sie wünscht sich diesbezüglich eine aktive Rolle des Stadtrates betreffend der Schaffung solcher Strukturen, wie man dies beim Projekt „Just Community" auch schon getan hatte. Und gerade die Zunahme der sprachlichen und kulturellen Vielfalt an den Schulen spricht für ein vermehrtes Engagement im Zusammenhang mit der politischen Bildung. Erfreulich ist, dass man die easyvote-Abstimmungshilfe bereits abonnierte. Bei einem Kinder- und Jugendparlament könnten sich Jugendliche sehr gut engagieren und es wäre schön, wenn ein solches geschaffen werden könnte.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) führt aus, er habe als Mitunterzeichner der Interpellation keine Ergänzungen zu machen.

Dominique Meschberger (SP) teilt mit, dass ihre Fraktion Förderungsmassnahmen im Zusammenhang mit der politischen Bildung unterstützt, doch sollte dies nicht schon auf der Primarstufe passieren. Diese führen meist bereits einen Klassenrat, es werden Pro- und Contra-Abstimmungen durchgeführt, Meinungsbildungen gefördert usw. Projekte wie „Just Community" sind aus einer Notsituation heraus entstanden und sollten auch künftig nicht einfach so aufgesetzt werden. Natürlich wäre es toll, wenn man auch in Liestal ein Jugendparlament schaffen könnte und dieser Input könnte ja vielleicht auch beim Jugendkonzept noch

mitberücksichtigt werden, welches aktuell ausgearbeitet wird. Auf jeden Fall stehen aber auch die politischen Parteien in der Verantwortung, wenn es um die politische Bildung der Jugendlichen geht.

Anna Ott (GL) legt dar, dass es nicht die Absicht der Interpellanten ist, dass die politische Bildung schon auf der Primarschulstufe stattfinden soll.

Stadtrat Franz Kaufmann informiert darüber, dass Interessierte bei ihm eine Zusammenfassung des Projektes „Just Community“ abholen können.

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) kann feststellen, dass zum Geschäft und der Interpellation keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2014/154.

241 0.01.011.01 Einwohnerrat

7. Wirtschaftsstandort Liestal - Bericht Stadtrat zum Postulat „Attraktivitätserhöhung des Wirtschaftsstandorts Liestal“ von Daniel Spinnler der FDP-Fraktion (Nr. 2013/36)

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Daniel Spinnler (FDP) dankt als Postulant für den stadträtlichen Bericht, kann sich aber nicht mit allen Antworten des Stadtrates einverstanden erklären. Er selbst ist auch der Meinung, dass Liestal keine eigene „LiestalArea“ braucht und man aktiv Unternehmer nach Liestal locken sollte. Die Ansiedlung von Unternehmungen sowie die Arealentwicklung beim Bahnhof usw. kann er ebenfalls unterstützen und es wäre begrüssenswert, wenn bspw. der Kanton seine zahlreichen Amtsstellen zusammenführen könnte. Wichtig für die Attraktivität in einer Gemeinde sind sicher die Informationen zu den möglichen Standorten betreffend Preis, Flächen, Bodenbelastung, Altlasten sowie ein schlankes Baubewilligungsverfahren, was in Liestal vor allem für die Altstadt wichtig wäre. Auch weitere Aspekte wie die Verkehrsanbindungen sowie die Kapital- und Gewinnsteuern müssen im Auge behalten werden. Und bei den aufgeführten Punkten sieht er mehr Potenzial, denn auch im Entwicklungsplan sind die stadträtlichen Zielsetzungen noch zu wenig konkret formuliert bzw. nicht zu „smart“. Auf Seite 3 des Berichtes werden die kantonalen Zielsetzungen betreffend den Steuererträgen bei den Unternehmungen erwähnt, doch werden vom Stadtrat selbst keine ambitiösen Ziele formuliert. Man sollte nicht vergessen, dass für die Unternehmen die Steuerbelastungen in einer Gemeinde in einem stärkeren Fokus als bei den natürlichen Personen stehen. In der Basellandschaftlichen Zeitung vom 14.10.2014 konnte man lesen, dass in Liestal keine Zahlen betreffend den Gewerbeflächen vorliegen und dieses Knowhow sollte die Stadt bei Anfragen von Firmen sowie Investoren doch besitzen. Bei den Baubewilligungsverfahren im Kanton sind die gemeinderechtlichen Rahmenbedingungen doch recht unterschiedlich und eine Überprüfung bzw. Vereinfachung der kommunalen Auflagen könnte durchaus Sinn machen. Auch konnte man schon mehrfach in den Zeitungen lesen, dass die örtliche Altstadtkommission, die Farb- und Reklamekommission usw. oftmals stark behindernd wirken, obwohl diese nur beratend wirken sollten und gar keine Entscheide fällen dürfen. Deshalb sollten die Verfahren mit den involvierten örtlichen Kommissionen vereinfacht werden, damit die gesetzlichen Bestimmungen moderat umgesetzt werden können. Gegebenenfalls könnte die Vision betreffend einem beschleunigten Baubewilligungsverfahren auf Gemeindestufe umgesetzt werden, indem man beispielsweise Bauverfahren mit Vorbewilligungen und definierten Parametern erteilen würde. Im Zusammenhang mit den verfügbaren Wirtschaftsflächen wird einmal mehr das Oristalgebiet erwähnt, obwohl es im Zusammenhang mit der Verkehrsanbindung wesentlich bessere Gebiete in Liestal gäbe, welche erschlossen werden könnten. Im Bericht wird im Zusammenhang mit der Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden als Beispiel der Regionale Führungsstab erwähnt, doch weiss er nicht, was der RFS mit seinem Postulat zu tun haben soll. Die Bestandespflege durch den Stadtrat mit den ansässigen Firmen findet er gut und wäre wohl wichtiger als die Forcierung einer regionalen Zusammenarbeit betreffend räumlichen Weiterentwicklungen. Im Rahmen des Entwicklungsplanes wird er sich wieder mit der Standortattraktivität von Liestal befassen, weshalb er sich mit der Abschreibung seines Postulates gemäss stadträtlichem Antrag einverstanden erklären kann. Die Standortattraktivität darf sich nicht nur auf die Parkplatzdiskussionen reduzieren, obwohl das Stedtli und die Parkplätze im Zentrum auch wichtig sind, denn weitere Arealentwicklungen dürfen nicht aus den Augen verloren werden.

Rolf Gutzwiller (CVP/EVP/GLP) legt dar, dass das Steuersubstrat der juristischen Personen weniger als 15 % ausmacht und wenn man berücksichtigt, dass es in Liestal etwa gleich viele Arbeitsplätze wie Einwohner gibt, so kann man feststellen, dass wir viele sogenannte steuerneutrale Arbeitsplätze haben. Die Mittefraktion unterstützt die stadträtlichen Absichten für eine Erhöhung der Wirtschaftsattraktivität, wie sie in der Postulatsbeantwortung sowie im

Entwicklungsplan 2014-2018 formuliert werden. Liberale Aussagen des Stadtrates, dass es sich nicht um eine Wirtschaftsförderung im Sinne von strukturerhaltenden Subventionen für Branchen und Unternehmungen handeln kann und dass diejenigen Rahmenbedingungen zu verbesseren sind, welche die Stadt Liestal respektive der Stadtrat direkt und unmittelbar beeinflussen kann, freuen ihn persönlich ganz besonders. Räumlich wird vom Stadtrat das Gewicht auf die Entwicklungsperspektive beim Bahnhof und seiner Umgebung gelegt, was nachvollziehbar und richtig ist. Liestal hat genügend verfügbare Wirtschaftsflächen und glücklicherweise ist vom Rat kürzlich ein Vorstoss betreffend der Einzonung des Gebietes „Untere Wanne“ als Gewerbegebiet abgelehnt worden. Eine institutionelle Zusammenarbeit in der Region ist wesentlich, doch müsste man noch Konkreteres wissen, bevor man sich dazu äussern kann. Seine Fraktion dankt für die stadträtliche Beantwortung des Postulates und wird den Anträgen des Stadtrates zustimmen.

Peter Küng (SP) meint erfreut, dass im Kantonsparlament wohl noch nie auf so hohem Niveau über das Thema Wirtschaftsförderung geschrieben und diskutiert wurde, wie dies nun im Stadtrat und Einwohnerrat der Fall ist. Die SP-Fraktion wird den stadträtlichen Anträgen ebenfalls zustimmen. Die Weiterentwicklung der Handlungsfelder sind vom Stadtrat sehr gut definiert worden und so darf bspw. die Bestandespflege mit den örtlichen Firmen nicht unterschätzt werden, denn auch die Abfrage nach konkreten Bedürfnissen und Anliegen der Unternehmungen sind richtig und wichtig. Auch die Verknüpfung von Arbeiten und Wohnen, die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in Liestal, die Rücksichtnahme auf neue Lebensformen usw. sind wichtige Themen, welchen die gebührende Beachtung zu schenken ist. Die Wirtschafts- und Standortpolitik in Liestal funktioniert, was ja auch von Investoren positiv zur Kenntnis genommen wird.

Verena Baumgartner (GL) stellt fest, dass sich Liestal in einem wahrnehmbaren Aufwind befindet weshalb man auch ökonomisch, ökologisch und auch gesellschaftlich Mehrwerte wird schaffen können. Die stadträtliche Strategie ist im Entwicklungsplan ausformuliert und die entsprechenden Handlungsfelder definiert, damit die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft von Liestal optimiert werden können. Liestal ist zu einem attraktiven Arbeits- und Wohnort geworden, wozu auch die geplanten und bereits realisierten Arealentwicklungen sowie Quartierplanungen wesentlich beitragen. Die Dynamik und Offenheit muss unbedingt beibehalten werden, damit sich Liestal auch weiterentwickeln und bspw. die Wertschöpfung gesteigert werden kann. Aber auch den rund 8‘500 Zupendlern von Liestal sollte Liestal nicht nur als Arbeits-, sondern auch als Wohnort schmackhaft gemacht werden können, indem man in den nächsten 10 Jahren zusätzlichen Wohnraum für bis zu 2‘000 Personen schafft. Mit diesem Zuwachs können auch die Steuereinnahmen der natürlichen Personen gesteigert werden. Aus ökologischen Gründen macht eine Reduktion der Pendler Sinn und mit der Verdichtung nach Innen können auch die Naherholungsgebiete ausserhalb erhalten bleiben. Es müssen alle Kräfte gebündelt werden, damit die eingeleiteten Entwicklungen auch erfolgreich sein werden. Sie möchte deshalb appellieren, dass die Aufbruchstimmung nun nicht zerredet wird, sondern dass sich alle konstruktiv an der Schaffung eines positiven Umfeldes beteiligen.

Hanspeter Meyer (SVP) sagt, auch seine Fraktion habe vom aufschlussreichen Bericht des Stadtrates zum Postulat Kenntnis genommen. Wichtig ist, dass man betreffend der Wirtschaftsförderung immer am Ball bleibt, was der Stadtrat aktuell auch macht. Betreffend der immer wieder erwähnten Aufbruchstimmung möchte er relativierend festhalten, dass einige Dinge schon vor Jahrzehnten aufgegleist wurden, weshalb in den vergangenen Jahren schon viele private sowie öffentliche Einrichtungen nach Liestal gekommen sind. Begrüssenswert ist die enge Zusammenarbeit auf diversen Ebenen, mit welcher bspw. auch das Gebiet beim Bahnhof weiterentwickelt werden kann. Die SVP-Fraktion erwartet aber ebenfalls eine Arealentwicklung in den immer wieder diskutierten Gebieten wie Kreuzboden, Spital usw. Seine Fraktion wird den stadträtlichen Anträgen zustimmen.

Stadtpräsident Lukas Ott dankt für die mehrheitlich positive Aufnahme der stadträtlichen Postulatsbeantwortung. Im Sinne einer Prämisse frage er sich natürlich schon, ob es zielführend ist, wenn man im Rat darüber diskutiert, ob die stadträtlichen Formulierungen nun smart genug sind oder nicht. Für den Stadtrat ist auf jeden Fall schlussendlich die Praxis entscheidend und an dieser soll er auch gemessen werden. Die Art der Wirtschaftsförderung, dass bereits nach ersten Kontakten schon ein lautes Gackern im Sinne einer Effekthascherei beginnt, dürfte schlussendlich auch nicht zum Ziel und Erfolg führen. Und so sollte im Zusammenhang mit einer erfolgreichen Wirtschaftsförderung akzeptiert werden, dass man eine Art der Verschwiegenheit pflegt, indem man nicht alle Verhandlungspunkte in der Öffentlichkeit immer bekannt macht und diskutiert, denn den involvierten Unternehmungen ist eine Sphäre des gegenseitigen Vertrauens äusserst wichtig. Die Verfügbarkeit von Areal kann mit wenigen Klicks auf der Homepage der Stadt Liestal ausfindig gemacht werden und Interessierten könnte er gegebenenfalls auch den entsprechenden Link angeben. Im Zusammenhang mit den Bewilligungsverfahren meint er doch, dass die Stadt Liestal für all diejenigen ein verlässlicher Partner ist, die etwas umsetzen möchten. Die diesbezüglichen Probleme dürften nicht bei der Verwaltung, sondern meist bei den unterschiedlichen Interessen bzw. den Beteiligungs- und Einspracherechten liegen, die zu Verzögerungen bei Gesuchen führen. Den Bauherrschaften sollten die demokratischen Gepflogenheiten bekannt sein. Verschiedene Areale in und ausserhalb des Zentrums sind zu entwickeln und das Oristal ist ein wichtiger Standort der produzierenden Industrie- und Gewerbebetriebe, welche zum Teil doch auch von grösserer Bedeutung für Liestal sind. Man sollte deshalb vorsichtig sein, wenn man Vorschläge in die Diskussion einbringt, wie das Oristalgebiet noch anders positioniert werden könnte. Betreffend der Arealentwicklung im Zentrum bzw. beim Bahnhof hat sich der Stadtrat eine aktive strategische Rolle definiert. Er kann deshalb darüber informieren, dass die Planungen mit den SBB und auch der Post auf gutem Wege sind und man anfangs 2015 über Konkretes berichten kann. Zusammen mit den SBB ist man bereits an der Quartierplanung und das Mitwirkungsverfahren wird vermutlich im April 2015 gestartet. Bei der Post konnte die Vorphase der Testplanung ebenfalls bereits abgeschlossen werden und mit der Studienplanung kann bis im Sommer 2015 gerechnet.

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Der Rat nimmt einstimmig Kenntnis vom stadträtlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2013/36a.

://: Das Postulat Nr. 2013/36 wird einstimmig als erfüllt abgeschrieben.

242 0.01.011.01 Einwohnerrat

8. Nachhaltige Entwicklung - Interpellation „Nachhaltige Entwicklung - eine übergeordnete Vision auch für die Stadt Liestal“ von Corinne Ruesch der Grünen Fraktion (Nr. 2014/147)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Einwohnerrat Liestal
Grüne Fraktion
Corinne Ruesch

Interpellation

Nachhaltige Entwicklung – eine übergeordnete Vision auch für die Stadt Liestal?

Nachhaltige Entwicklung ist eine international, insbesondere von den Vereinten Nationen, ausgehandelte Leitidee für politisches Handeln, die auch in der Bundesverfassung verankert ist. Für die Umsetzung braucht es eine ausformulierte Vorstellung davon, worin das gute Leben besteht, das für alle heute lebenden und künftigen Generationen gewährleistet werden soll. Eine Vorstellung, in der umweltbezogene, soziale und wirtschaftliche gesamtgesellschaftliche Ziele zu einer Gesamtbetrachtung zusammengeführt sind. Diese Vorstellung muss für jede Organisation, für jede Gemeinde, für jeden Kanton in einem je gemeinsamen Prozess ausgehandelt werden. Damit diese ausgehandelte Vorstellung schliesslich wirksam wird, muss sie auf konkrete Ziele heruntergebrochen werden, welche nicht zusätzlich zum Tagesgeschäft angestrebt werden, sondern welche in die vorhandenen Aufgaben integriert sind.

Im Sinne einer ganzheitlichen Betrachtung des Beitrags zu einer Nachhaltigen Entwicklung, den die Stadt bereits in verschiedenen Handlungsbereichen leistet und in Zukunft leisten will, bitte ich den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- *Hat die Stadt eine Vorstellung bzw. Vision hinsichtlich ihres Beitrags zu Nachhaltiger Entwicklung? Und wenn ja, ist der Stadtrat bereit, der Vision Nachhaltige Entwicklung für die Entwicklungsplanung der Stadt einen sichtbaren Stellenwert zukommen zu lassen?*
- *Ist Nachhaltige Entwicklung in allen Bereichen der Verwaltung ein Thema? Wenn ja, wie wird die verwaltungsinterne Vernetzung und der Austausch über dieses übergeordnete Thema geregelt? Gibt es zum Beispiel einen regelmässigen Austausch der Bereichsleiter über die Möglichkeiten der Umsetzung Nachhaltiger Entwicklung bei aktuellen Fragestellungen?*
- *Werden Kriterien Nachhaltiger Entwicklung bei allen grösseren Projekten und Neuorganisationen zum Thema gemacht? Wenn ja, liegen dazu bewährte Instrumente vor?*
- *Welches Know-How ist in der Verwaltung hinsichtlich Nachhaltiger Entwicklung vorhanden?*
- *Wo sieht der Stadtrat hinsichtlich einer Vision Nachhaltiger Entwicklung und entsprechender Umsetzung Handlungsbedarf für die Stadt?*

Liestal, 22. September 2014

Corinne Ruesch

* * * * * * * * * * * * * * * * * * *

Stadtpräsident Lukas Ott nimmt Bezug auf die Fragen der Interpellantin und hält fest, dass sich auch die Stadt Liestal der Nachhaltigkeit verpflichtet fühlt. Auch der Bundesrat hat diesbezüglich eine Strategie formuliert und stützt seine Aktionsfelder auf die drei Bereiche Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft ab. Im Legislaturplan 2004 - 2008 ist dem Aspekt der Nachhaltigkeit eine besondere Rolle zugemessen worden, indem man übergreifend diesen Schwerpunkt bearbeitet hatte. Der Stadtrat geht davon aus, dass in der Folge das Knowhow betreffend einer nachhaltigen Entwicklung in der Verwaltung bekannt ist und auch angewendet wird. Auch im Leitbild Liestal 2020 wird die Nachhaltigkeit nochmals thematisiert, doch dürfte diese Thematik in der Verwaltung implementiert sein. Es wurden schon verschiedene Instrumente ausprobiert und deshalb weiss man ebenfalls, was funktioniert und was nicht. So ist der sogenannte „Nachaltigkeitskompass“ bei neuen politischen Vorhaben wie bspw. beim Kunstrasenfeld sowie dem Projekt Velostation bezüglich denn Kriterien Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft angewendet worden. Im politisch festgelegten System wurde aber der Nachhaltigkeitskompass einige Male gnadenlos übersteuert, so dass dieser oftmals nur eine vergebliche akademische Übung war und man in der Folge auf diesen verzichtet hatte. Auch ist der „Cercle Indicateur“ angewendet worden, bei welchem man sich mit vergleichbaren statistische Daten bzw. Städten betreffend der Nachhaltigkeit verglichen hatte. Ein Erfahrungsaustausch sowie eine Diskussion unter den beteiligten Gemeinden fand aber leider nie statt, weshalb man sich schlussendlich auch von diesem papierigen Instrument verabschiedet hatte. Die nachhaltige Entwicklung müsste aber nicht nur im Rathaus, sondern im Netzwerk aller Akteure der Politik, Wirtschaft und Gesellschaft stattfinden sowie thematisiert werden. Dies könnte bspw. bei der Nutzung von lokalen Wettbewerbsvorteilen, der Stärkung der Ortsidentität, bei der Bevorzugung von lokalen Produkten, der Pflege der bebauten Umwelt, die Förderung des umweltfreundlichen Verhaltens, die Beachtung der Bedürfnisse der Einwohner usw. sein.

Corinne Ruesch (GL) dankt als Interpellantin für die Beantwortung der Fragen durch den Stadtrat und wünscht die Diskussion.

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) stellt fest, dass die Diskussion im Rat unbestritten ist.

Corinne Ruesch (GL) führt aus, sie sei als Interpellantin durchaus nicht der Meinung, dass die Nachhaltigkeit in Liestal kein Thema ist oder war. Nachhaltigkeit kann ja auch dort funktionieren, wo der Begriff gar nicht verwendet wird. Nachhaltigkeit ist zudem kein Qualitätslabel sondern vielmehr eine Leitidee, die im Alltagsgeschäft eine handelnsleitende Funktion haben kann. Die vom Stadtpräsidenten aufgeführten Beispiele zeigen auch, dass die Nachhaltigkeit nicht einfach instrumentalisiert werden kann. Auch nützt es wohl wenig, wenn man einen fertigen Projektvorschlag mit einer Checkliste auf die Nachhaltigkeit prüft, denn zu diesem Zeitpunkt sind wohl nur noch Justierungen möglich. All die relevanten Blickwinkel müssten doch schon bei der Projektentwicklung einbezogen werden. Die nachhaltige Entwicklung müsste auch immer wieder neu betrachtet und beurteilt werden. Deshalb ist es auch wichtig, dass in der Verwaltung und im Stadtrat das nötige Knowhow vorhanden ist, damit Optimierungsmöglichkeiten im Alltagsgeschäft auch entdeckt sowie entsprechende Massnahmen getroffen werden können. Dieses Wissensmanagement müsste auch für neue Mitarbeitende sichergestellt werden. Vielleicht könnte man die Nachhaltigkeitsdimensionen auch im Entwicklungsplan thematisieren und den Einwohnerrat diesbezüglich früher einbeziehen und teilhaben lassen.

Claudio Wyss (CVP/EVP/GLP) führt aus, dass die erwähnten Absichten und Zielsetzungen des Bundesrates mehrfach in der Bundesverfassung verankert sind. Betreffend der Forderung für eine nachhaltige Entwicklung sind politisch auch die Kantone und Gemeinden gefordert und das diesbezügliche Bewusstsein sollte in der Bevölkerung ganz allgemein vermehrt gefördert werden. Gemäss letztem Bericht des Bundes befindet sich gemeindebezogen erst rund ein Drittel der Bevölkerung in einem lokalen Nachhaltigkeitsprozess. Er persönlich ist

mit den Antworten des Stadtpräsidenten sehr zufrieden. Die Mittefraktion hätte es aber begrüsst, wenn die Interpellation schriftlich beantwortet worden wäre.

Roman Schmied (GL) nimmt Bezug auf die Interpellationsbeantwortung durch den Stadtpräsidenten und stellt fest, dass die vom Stadtrat angewendeten Instrumente auf freiwilliger Basis einbezogen wurden. Nachhaltigkeit ist kein Luxus oder eine romantische Idee, welche man nur bei übermässigem Wohlstand thematisieren soll. So wird im Zusammenhang mit der Nachhaltigkeit immer wieder als Beispiel aufgeführt, dass es ab dem 16. Jahrhundert in Deutschland und auch in der Schweiz beinahe keine Wälder mehr gab und diesbezügliche Verbesserungsmassnahmen nur mit politischen Entscheiden möglich waren. Auch weiss man, dass die Schweiz heute drei Mal mehr Ressourcen braucht, als sie selbst verfügt. So darf dieses Problem nicht einfach den Nachkommen zur Problemlösung überlassen werden, denn ein Umdenken und Handeln ist bereits heute nötig.

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) kann feststellen, dass zum Geschäft und der Interpellation keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2014/147.

243 0.01.011.01 Einwohnerrat

9. Food Waste - Interpellation von Anna Ott der Grünen Fraktion betreffend Food Waste (Nr. 2014/155)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Einwohnerrat Liestal
Anna Ott namens der Grünen Fraktion

Interpellation betreffend Food Waste

In der Schweiz geht ein Drittel aller Lebensmittel auf dem Weg vom Feld bis zum Teller verloren oder wird weggeworfen. Jährlich also rund 2 Millionen Tonnen. Laut dem Bundesamt für Statistik landen jährlich pro Person 94 Kilogramm einwandfreie Lebensmittel im Abfall – täglich entspricht dies fast einer ganzen Mahlzweit.
Quelle: http://www.blw.admin.ch/dienstleistungen/00020/01495/index.html?lang=de

Food Waste ist folglich eine erhebliche Verschwendung von Ressourcen und die Produktion und die Entsorgung der Lebensmittel, die verloren gehen oder weggeworfen werden, stellen eine erhebliche Umweltbelastung dar. Des Weiteren ist Food Waste eine Geldverschwendung und trägt zu Ungleichheiten bei. Auf der Welt leidet rund eine Milliarde Menschen an Hunger. Durch das Wegwerfen von Nahrungsmittel steigt der Preis der Lebensmittel und somit führt Food Waste auch indirekt zu Hunger auf der Welt.

Im Zusammenhang mit dieser Problematik stellen sich mir einige Fragen, die ich den Stadtrat höflich bitte, zu beantworten.

1. *Ist der Stadtrat darüber informiert, ob die drei Grossverteiler in Liestal (Manor, Coop und Migros) Produkte, welche das Verkaufsdatum überschritten haben bzw. kurz vor dem Ablaufdatum stehen und bei Landenschluss überschüssige Ware wie Brot, an die Lebensmittelhilfe „Tischlein deck dich“ und „Schweizer Tafel“ geben?*

2. *Falls der Stadtrat darüber nicht informiert ist, ist der Stadtrat bereit, die Informationen einzuholen und den Einwohnerrat darüber zu informieren?*

3. *Gibt es in Liestal weitere soziale Institutionen wie Mittagstische, an welche die Grossverteiler die Lebensmittel weitergeben könnten?*

4. *Ist die Stadt Liestal bereit durch entsprechende Kampagnen die Allgemeinheit auf die Food Waste Problematik zu sensibilisieren und Ausklärungsarbeit zu leisten (cleverer Einkauf, Unterscheidung zwischen Mindesthaltbarkeits- und Verfallsdatum etc.)?*
   Beispiel: In der Stadt Bern wurde im August die Veranstaltung „Bern tischt auf“ durchgeführt, an dem unverkäufliche Lebensmittel zubereitet und kostenlos verteilt wurden (mehr Informationen unter http://foodwaste.ch/projekte/deine-stadt-tischt-auf/).

Liestal, den 23. Oktober

Anna Ott

* * * * * * * * * * * * * * * * * * *

Stadträtin Marion Schafroth nimmt Bezug auf die Fragen der Interpellantin und stellt betreffend den Fragen 1 und 2 fest, dass in der kurzen Zeit keine umfangreichen Abklärungen möglich waren, doch könnten weitere Auskünfte immer noch eingeholt werden, sollte dies nötig sein. Wie aber allgemein bekannt ist, stellt bspw. Coop abgelaufene und/oder überschüssige Lebensmittel für Projekte wie „Schweizer Tafel“ und „Tischlein deck dich“ zur Verfügung stellt. Zur Frage 3 kann sie sagen, dass ihr in Liestal nebst dem Mittagstisch und „Tischlein deck dich“ auch keine weiteren Institutionen bekannt sind, welchen solche Lebensmittel abgegeben werden könnten. Die in der Frage 4 erwähnte Veranstaltung „Bern tischt auf“ findet sie grundsätzlich auch eine gute Idee. Ein solches Projekt könnte sicher auch in Liestal von einer privaten Trägerschaft aufgegleist und von der Stadt auf irgend eine Art und Weise unterstützt werden, doch möchte die Stadt für eine solche Veranstaltung die Organisation nicht übernehmen.

Anna Ott (GL) dankt als Interpellantin für die Beantwortung der Fragen durch den Stadtrat und wünscht die Diskussion

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) stellt fest, dass die Diskussion im Rat unbestritten ist.

Anna Ott (GL) nimmt Bezug auf ihren Vorstoss und hält nochmals fest, dass rund 1/3 aller Lebensmittel auf dem Weg vom Feld bis zum Esstisch weggeworfen werden. Die Ressourcenverschwendung, die unnötige Umweltbelastung usw. wird in ihrer Interpellation erwähnt und thematisiert. Einen Beitrag zur Minimierung des Marktversagens könnten die Gemeinden wohl mit Aufklärungsarbeit leisten. Auch könnte man bei einem öffentlichen Anlass bspw. „Food Waste“-Produkte verwenden und bei dieser Gelegenheit über die Problematik der Lebensmittel- und Ressourcenverschwendung informieren. Mit einem öffentlichen Kühlschrank könnten solche Lebensmittel ausgetauscht anstatt weggeworfen werden, was in einigen Städten in der Schweiz bereits schon praktiziert wird.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) informiert darüber, dass von verschiedenen Kirchen bereits solche Lebensmittel an Bedürftige abgegeben werden, wenn sich diese mit einer Caritas-Karte ausweisen können. Vielleicht könnte die Stadt auch in einem nächsten Liestal aktuell über die bereits vorhandenen Angebote bzw. Abgabestellen informieren.

Claudio Wyss (CVP/EVP/GLP) möchte betreffend den aufgeführten Zahlen im ersten Absatz der Interpellation anmerken, dass die einte oder andere Zahl nicht stimmen kann. Denn würden pro Person tatsächlich 94 Kg an Lebensmitteln weggeworfen, so würde dies die von der Interpellantin erwähnte Gesamtmenge von 2 Mio. Tonnen wesentlich übersteigen.

Daniel Spinnler (FDP) bemerkt, dass einen wesentlichen Anteil zur Problemlösung wohl nur die Kunden selbst leisten können, da ja die meisten Produkte über die deklarierten Daten hinaus konsumiert und gar erst nicht weggeworfen werden müssten. Auch kann ein Überangebot an Produkten nicht immer mit einem Marktversagen begründet werden, da bspw. die Kartoffelernten auch recht unterschiedlich ausfallen.

Anna Otto (GL) nimmt Bezug auf das Votum von Ratsmitglied Claudio Wyss und stellt fest, dass bezüglich den Zahlen einige Angaben vermutlich nicht ganz sauber formuliert wurden, denn die 94 Kg beziehen sich auf die Konsumenten. Auch kann sie das Votum von Vorredner Daniel Spinnler unterstützen, dass bei einer vermehrten Eigenverantwortung der Konsumenten bei den Einkäufen das Problem von weggeworfenen Lebensmitteln wesentlich geringer würde.

Corinne Ruesch (GL) unterstützt die Voten ihrer Vorredner und hofft, dass vom Stadtrat das Wissensmanagement auch in diesem Bereich betrieben und vermittelt werden müsste.

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) kann feststellen, dass zum Geschäft und der Interpellation keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2014/155.

244 0.01.011.01 Einwohnerrat

10. Rathausstrassen-Sponsoring - Postulat „Sponsoring für unsere Rathausstrasse“ von Hans Rudolf Schafroth der SVP-Fraktion (Nr. 2014/156)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Fraktion SVP

POSTULAT

Sponsoring für unsere Rathausstrasse

Für die kommende Gesamterneuerung der Rathausstrasse schlage ich zur Finanzierung derselben ein Sponsoring System vor.
Dabei sollen Sponsoren angeboten werden, einen oder auch mehre Quadratmeter der Rathausstrasse mitfinanzieren zu können.
Die entsprechenden Flächen sollen dann mit der Inschrift der jeweiligen Sponsoren ersichtlich versehen werden.

Ich lade nun den Stadtrat ein, die Idee einer Sponsorings-Finanzierung für unsere Rathausstrasse zu prüfen und dem Einwohnerrat so schnell wie möglich diesbezüglich zu berichten.

Liestal, 27. Oktober 2014 *SVP Fraktion*

Hans Rudolf Schafroth

* * * * * * * * * * * * * * * * * * *

Stadtrat Peter Rohrbach sagt, der Stadtrat würde das Postulat übernehmen, obwohl er nicht genau weiss, was der Postulant mit seinem Vorstoss genau will. Die Kosten für die Strassensanierung werden sich auf rund 2 Mio. Franken belaufen und zu diesem Betrag kommen noch 1,1 Mio. Franken für die Werkleitungen dazu. Die Fläche beläuft beträgt rund 2‘500 m2 und somit würde sich der m2-Preis auf rund CHF 800.-- belaufen.

Hans Rudolf Schafroth (SVP) dankt als Postulant dem Stadtrat für die Bereitschaft, dass dieser seinen Vorstoss übernehmen würde. Der Stadtrat ist vom Einwohnerrat mit der dringenden Sanierung der Rathausstrasse beauftragt worden. Betreffend der Umsetzung seines Vorschlages stellt er sich vor, dass die Rathausstrasse und auch die Freihofgasse in Flächen von je 1 m2 gerastert werden. Mit der Sponsoring-Aktion könnte dann aber der Strassen-Bodenbelag, vorteilhaft in Porphyr-Platten, mit Sponsoren-Inschrift auf einem Bronce-Zylinder usw. finanziert werden. Zahlreiche Interessierte, welche solche Rasterfelder finanzieren würden, haben sich bereits nach der Einreichung seines Vorstosses bei ihm als Sponsoren gemeldet. Pro Sponsor soll auch nur eine Inschrift angebracht werden. Vom Meister der „Zunft zum Stab“ sowie dem KMU-Vorstand ist ihm bereits eine Durchführung und Betreuung dieser Sponsoring-Aktion schon einmal worden. Er dankt dem Rat bereits an dieser Stelle für die Überweisung seines Vorstosses an der heutigen Sitzung.

Diego Stoll (SP) sagt, dass die SP-Fraktion die Überweisung des Postulates an den Stadtrat unterstützen wird. Betreffend der Umsetzung müsste sich dann der Stadtrat im Zusammenhang mit der Postulatsbeantwortung noch konkret äussern. So sollte die Sponsoring-Aktion aber nicht zu Lasten der Nutzbarkeit und Optik der Rathausstrasse gehen.

Hanspeter Zumsteg (GL) informiert darüber, dass auch seine Fraktion der Postulatsüberweisung zustimmen wird.

Rolf Gutzwiller (CVP/EVP/GLP) teilt mit, dass sich die Mittefraktion grossmehrheitlich gegen die Überweisung des Postulates ausspricht, obwohl der Vorstoss und die Idee grundsätzlich gut sind. Im Gegensatz zum Mäzenatentum ist Sponsoring doch ein klar definiertes Gegengeschäft. Die Stadt Liestal erhält als gesponsorte Institution von den Sponsoren Gelder oder andere Leistungen, wofür den Sponsoren aber wieder gewisse Werbeleistungen zugestanden werden müssen. Im Vergleich zur erwähnten gesponsorten Weihnachtsbeleuchtung ist der Unterhalt sowie die Instandhaltung bei einer Strasse doch wesentlich grösser und komplexer. Und bei einem Sponsoring-Beitrag von rund CHF 1‘000.-- pro m2 kommen doch wohl berechtigte Zweifel auf, ob schlussendlich der Schuss nicht nach hinten raus gehen könnte. Auch müssten noch rechtliche Fragen im Zusammenhang mit den Sponsoren-Verträgen geklärt werden, denn ein ähnliches Sponsoring-Projekt ist bspw. bei den SBB mit fliegenden Fahnen untergegangen.

Daniel Spinnler (FDP) meint, dass es wohl schlussendlich keine grosse Rolle spielen wird, ob die Strassensanierung von Sponsoren oder bspw. Spendern mitfinanziert wird. Und auch bezüglich der Umsetzung des guten und visionären Vorschlages kann sich der Rat nach Vorliegen des stadträtlichen Berichtes immer noch unterhalten.

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Das Postulat Nr. 2014/156 wird grossem Mehr gegen 7 Nein-Stimmen an den Stadtrat überwiesen.

ORDNUNGSANTRAG - Schliessung der Ratssitzung

Hanspeter Meyer (SVP) stellt den Ordnungsantrag, dass an der heutigen Sitzung keine weiteren Geschäfte mehr behandelt werden und die Sitzung geschlossen wird.

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) stellt fest, dass aus dem Rat keine Wortbegehren zum Ordnungsantrag gestellt werden und deshalb über diesen abgestimmt werden kann.

://: Mit grossem Mehr wird dem Ordnungsantrag für eine Schliessung der heutigen Sitzung zugestimmt.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, diese gemäss § 44 des Geschäftsreglementes am Schluss der heutigen Sitzung noch mündlich begründen können.
Nach Umfrage kann er feststellen, dass sich diesbezüglich keine Ratsmitglieder zu Wort melden.

* * * * * *

Schluss der Sitzung: 20.20 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Heinz Lerf

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann